

Antrag KDV

Bekämpfung des ansteigenden Drogenkonsums in Berlin-Wedding – Jetzt!

Forderungen

Die KDV-Mitte möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Fraktion der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus und die SPD Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert:

- Bedingungslose und nationalunabhängige Drogensubstitution ohne Krankenversicherungsschutz nach Beispiel Hamburg
- Besseres Übergangsmanagement für inhaftierte Drogenerkrankte nach Entlassung (Bürgergeldauszahlung, Krankenversicherung)
- Höhere gesetzliche Vergütungsmöglichkeit für das medizinische Personal in Suchthilfeträgern
- Sensibilisierung der zuletzt negativen Drogenentwicklung gegenüber dem Ordnungsamt sowie der BVG und Aufforderung der Akteure zur regelmäßigeren Kontrolle der U-Bahnhöfe entlang der Müllerstraße

Begründung

Die Entwicklung der Drogenproblematik in Berlin-Wedding ist seit Jahren negativ. Wir als Abteilung sehen es daher als wichtig an, dass weitere als bisher geplanten Maßnahmen zur Reduzierung dieses öffentlich sichtbaren Problems unternommen werden. Der SPD-Fraktionsbeschluss aus dem Sommer 2023 ist bereits zu begrüßen. Dennoch muss mehr getan werden, um das komplexe Drogenproblem in Berlin-Wedding möglichst effektiv zu verbessern.